

Text in „einfacher“ Alltagssprache:

Wir organisieren vom 1. bis zum 3. November 2019 ein Tribunal in Chemnitz und Zwickau. Das Tribunal ist ein politisches Aktionsformat der Zivilgesellschaft, um auf politische Missstände hinzuweisen. Das Tribunal heißt „NSU-Komplex“ auflösen – NSU steht für Nationalsozialistischer Untergrund. Wir wollen die Leute anklagen, die für rassistische Gewalt verantwortlich sind. Wir wollen die Gesellschaft der Vielen sichtbar machen. Helft uns dabei, Gerechtigkeit einzufordern. Wir sind die Zukunft – auch in Sachsen.

Wir veranstalten das Tribunal in Chemnitz und Zwickau, weil hier die drei Terrorist*innen des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) gewohnt haben. Der NSU ist eine terroristische Vereinigung von gewaltbereiten Menschen mit einer menschenverachtenden, rassistischen und nationalsozialistischen Ideologie. In Chemnitz und Zwickau hatten sie viele Unterstützer*innen, von denen manche heute noch hier wohnen. Bis heute gibt es hier ein Problem mit rassistischer Gewalt. Im Oktober 2018 haben gewaltbereite Rechtsradikale in Chemnitz Hetzjagden auf Migrant*innen gemacht. Es gab rassistische Brandanschläge auf Restaurants.

Aber hier gibt es auch Widerstand gegen den Rassismus. Menschen unterstützen sich gegenseitig. Gemeinsam mit diesen Menschen wollen wir Gerechtigkeit einfordern. Wir wollen auf den alten und den neuen Rassismus aufmerksam machen und die Täter*innen anklagen. Gemeinsam wollen wir deutlich machen, dass Migration zu Sachsen gehört. Wir wollen damit die Gesellschaft der Vielen stärken.

Migrationsbewegungen gehören zu jeder Gesellschaft dazu, also wenn Menschen von einem Land in ein anderes ziehen und in den neuen Land wohnen, arbeiten und zur Schule gehen. Auch für die Deutsche Demokratische Republik (DDR) war sie wichtig. In viele ostdeutsche Städte kamen zum Beispiel Vertragsarbeiter*innen oder Studierende aus dem Ausland. Die Regierung der DDR wollte diese Migrant*innen von der Bevölkerung fernhalten. Deswegen mussten sie in besonderen Wohnungen leben. Auch bei der Arbeit waren sie getrennt von den Deutschen. Aber obwohl es in der DDR diesen Rassismus gab, ließen sich die Migrant*innen nicht einfach fernhalten. Sie schlossen Freundschaften oder Liebesbeziehungen mit DDR-Bürger*innen, machten gemeinsam mit ihnen Sport oder Kunst.

Auch nach dem Fall der Mauer blieben viele der Migrant*innen in Ostdeutschland. Sie eröffneten Geschäfte und arbeiteten in Fabriken. Sie halfen mit beim Neuaufbau der Gesellschaft. Das konnten auch die rassistischen Angriffe von Hoyerswerda (1991), Liebertwolkwitz (1992), Thierdorf (1991) und Wurzen (2018) nicht verhindern.

Auf dem Tribunal in Chemnitz werden Betroffene und Angehörige von Opfern über die rassistische Gewalt von den 1970er Jahren bis heute erzählen. Gemeinsam werden wir um die Opfer klagen und trauern. Das Tribunal zeigt den Widerstand von Migrant*innen und von den Menschen, die sie unterstützen.

United against Racism – Wir klagen an!